



Nr. 17/2016, 04. Mai 2016

Koalitionsvertrag setzt Schwerpunkte

- ❖ Bildung & Polizei
- ❖ Infrastruktur & Integration

Am Freitag, dem 22. April, haben SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den 138-seitigen Entwurf ihres Koalitionsvertrags vorgestellt. Im Mittelpunkt des Regelwerkes stehen gute und gebührenfreie Bildung, sozialer Zusammenhalt, eine offene Gesellschaft, Innovation und Fortschritt, Investitionen in Infrastruktur und Sicherheit und all dies unter Einhaltung der Schuldenbremse 2021. Bis zum Jahr 2020 müssen weitere 420 Millionen Euro strukturelles Defizit im Landeshaushalt verringert werden.



Ernst Scharbach: „Wir haben den Entwurf (die Parteigremien müssen noch zustimmen) einer gewerkschaftspolitischen Bewertung unterzogen und sehen große Schnittmengen zum Zukunftsprogramm der GdP „Polizei 2026“ und zu unseren Forderungen im Wahlkampf. Wir sehen den Entwurf positiv, es bleibt aber abzuwarten, wie die Koalitionäre nun mit dem Entwurf umgehen und wie die künftige Landesregierung die Inhalte umsetzen wird. Damoklesschwert bleibt das Geld.
Viel Spaß beim Lesen unserer ersten Einschätzung“

INHALT:

PERSONAL	Seite 2	DIGITALISIERUNG UND AUSSTATTUNG	Seite 5
ENTGELT / BESOLDUNG, ZULAGEN / PENSIONEN	Seiten 2/3	VERKEHRSSICHERHEIT UND JUGENDRECHT	Seite 6
HEILFÜRSORGE / GESUNDHEIT	Seiten 3/4	RECHT / TITULIERTE ANSPRÜCHE / STEUERN / BEHINDERTE MENSCHEN	Seiten 6/7
PP EINSATZ UND UNTERSTÜTZUNG	Seite 4	BETEILIGUNG UND MITBESTIMMUNG	Seite 7
HOCHSCHULE / BILDUNG	Seite 4	ERNST SCHARBACH: DANK & AUSBLICK	Seite 8
FAMILIE UND BERUF	Seite 5	DOWNLOAD	Seite 8

PERSONAL

Die Anzahl der neu eingestellten Anwärterinnen und Anwärter wird auf 500 verstetigt. Dies bedeutet für die Legislaturperiode 2.500 Neueinstellungen. *„500 Neueinstellungen im Jahr tragen dem Umstand Rechnung, dass einige Anwärterinnen und Anwärter in dem Zeitraum des Studiums ausscheiden. Das Finanzministerium hat zugesagt, dass nachgesteuert werden wird, falls die Abbrecherzahlen höher liegen sollten. Wir können zwar nicht ganz zufrieden sein, sehen aber einen wichtigen Schritt hin zur Entspannung der personellen Lage“*, meint Landesvize **Sabrina Kunz**. *„Wir fordern nach wie vor 10.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Vollzeitäquivalenten.*

Man muss aber auch den Gesamtkontext sehen: Unter dem Druck der Schuldenbremse sollen im Landesdienst 2.000 Stellen abgebaut werden. Die Polizei ist davon nicht nur ausgenommen – es werden zusätzliche Stellen zugesagt.“

Die Polizei ist davon nicht nur ausgenommen – es werden zusätzliche Stellen zugesagt.“



Margarethe Relet:

„Die Wiederbesetzungssperre muss weg.“

Margarethe Relet, Landesvize und für Tarif zuständig, zeigt sich zudem über das klare Bekenntnis, durch ein Angestelltenprogramm bei der Schutz- und der Kriminalpolizei eine Entlastung herbeizuführen, bestätigt. *„Diese Forderung haben wir immer wieder erhoben. Wir hoffen, dass die Wiederbesetzungssperre endlich außer Kraft gesetzt wird, die Stellen zeitnah zur Verfügung gestellt und ausreichend finanzielle Mittel dafür bereitgestellt werden. Darüber hinaus muss mit der formulierten Fortschreibung des 'Spezialisten- und Spezialistinnenprogramms vor allem in den Bereichen Cyberkriminalität, Wirtschaftskriminalität und bei der Forensik' (Zitat) ein attraktives Entgeltangebot einhergehen, damit die Polizei auch wettbewerbsfähig wird. Das Spezialistenprogramm muss sehr schnell helfen, den gewaltigen Druck in der Kriminalpolizei zu lindern.“*

„Diese Forderung haben wir immer wieder erhoben. Wir hoffen, dass die Wiederbesetzungssperre endlich außer Kraft gesetzt wird, die Stellen zeitnah zur Verfügung gestellt und ausreichend finanzielle Mittel dafür bereitgestellt werden. Darüber hinaus muss mit der formulierten Fortschreibung des 'Spezialisten- und Spezialistinnenprogramms vor allem in den Bereichen Cyberkriminalität, Wirtschaftskriminalität und bei der Forensik' (Zitat) ein attraktives Entgeltangebot einhergehen, damit die Polizei auch wettbewerbsfähig wird. Das Spezialistenprogramm muss sehr schnell helfen, den gewaltigen Druck in der Kriminalpolizei zu lindern.“

Gleichzeitig zeichnet sich ab, dass auch bei der Polizei 50 Stellen in der Verwaltung eingespart werden müssen. Wie das zusammenpassen soll, hat sich uns noch nicht erschlossen.

ENTGELT, BESOLDUNG, ZULAGEN, PENSIONEN

Für den Bereich der freien Wirtschaft haben SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen umfassenden Katalog entwickelt: *„Rheinland-Pfalz steht für gute Arbeit und faire Arbeitsbedingungen“* – gerechte Löhne und Gehälter, gesunde Arbeitsbedingungen, guter Arbeitsschutz, einen auf Vielfalt und Inklusion ausgerichtete Arbeitsmarkt, Mitbestimmung und viele andere Dinge mehr finden sich im Entwurf wieder. Für den Bereich der öffentlichen Verwaltung steht der strukturelle Haushaltsausgleich, also die Einsparungen, im Vordergrund.



Sabrina Kunz:

„Wir fordern nach wie vor 10.000 VZÄ.“



Heinz Werner Gabler:

„Wir bleiben beim Thema

Zulagen am Ball. Die enorme Belastung der Polizei muss honoriert werden.“

„Die bis zum Jahr 2021 zu realisierende Schuldenbremse wird von uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern bei allen neuen Verhandlungen um Tarif-, Besoldungs- oder Zulagenerhöhungen solidarischen Zusammenhalt und viel Kampfgeist abverlangen. Dennoch haben sich die Koalitionsparteien zur Gewährleistung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes verpflichtet, eine angemessene Bezahlung anzubieten. Dazu wird ‚im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten‘ (Zitat) ange-

strebt, die Abschlüsse der Tarifgemeinschaft der Länder für die Tarif-Beschäftigten auch für die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zu übernehmen. Daran werden wir die künftige Landesregierung spätestens zu Beginn der Tarifverhandlungen im nächsten Jahr erinnern und uns dies auch vehement einfordern“, so Landesvize **Heinz Werner Gabler**. „Ferner darf die geplante Abschaffung der Ministerialzulage nicht zu politischen Schnellschüssen im Umgang mit anderen Zulagen führen. Wir werden weiter an unseren Forderungen um eine Zulagen-Erhöhung festhalten. Leider wurde unsere Forderung zur Regelbeförderung nach A 10 nicht aufgegriffen.“

Gut: Der Pensionsfonds wird beibehalten und weiterentwickelt.

HEILFÜRSORGE

Die Einführung der Heilfürsorge soll detailliert untersucht werden. Dabei sollen die „Auswirkungen für die einzelne Polizistin und den einzelnen Polizisten“ genau abgewogen werden. **Heinz-Werner Gabler** begrüßt diese Absicht ausdrücklich: „Wir fordern diese Untersuchung seit Jahren. Die Verankerung im Koalitionspapier ist dabei ein weiterer wichtiger Schritt. Nun braucht es konsequente Vorgehensweisen. Wir werden uns in die Prüfungen intensiv einbringen und Vor- und Nachteile sorgfältig abwägen.“ Die GdP fordert: Leistungen müssen verbessert werden, finanzielle Belastungen ausgeschlossen sein. Es muss einen Bestandsschutz und eine Wahlmöglichkeit geben.

GESUNDHEITSPRÄVENTION

Die Koalitionäre haben sich auf die Einrichtung einer „zentralen Stelle für Polizeigesundheit“ verständigt. Damit wird eine wichtige Forderung der GdP aus dem Programm „Polizei 2026“ aufgegriffen; erste Besprechungen zum Thema sind bereits terminiert.

Landesvize **Bernd Becker** ist seit Jahren für den Bereich Gesundheit engagiert und

Bernd Becker:

„Wer Polizeigesundheit ernst nimmt, muss die Arbeitsbedingungen verbessern, beispielsweise die Wochenarbeitszeit für Nachtarbeitende verkürzen.“



vertritt die GdP und den HPRP auch aktuell im Projekt „Gesünder Arbeiten in der Polizei“. *„Wir fordern seit Jahren ein koordiniertes Zusammenwirken von Gefährdungsbeurteilung, Betriebsmedizin, Prävention durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen und wirksamen Angeboten der Verhaltensprävention, beispielsweise Vorsorgekuren für Nachtarbeitende. Es geht darum, dass auf Erkenntnisse auch Maßnahmen folgen.“*

POLIZEIPRÄSIDIUM EINSATZ UND UNTERSTÜTZUNG

Die Strukturen der Polizei Rheinland-Pfalz sollen verbessert werden, indem die Bereitschaftspolizei in ein „Polizeipräsidium Einsatz und Unterstützung“ aufgewertet wird. Somit sollen zentrale Dienstleistungen für die Polizei landesweit gebündelt werden. Diesem politischen Ansatz steht die GdP positiv gegenüber. Die Bereitschaftspolizei ist und bleibt ein wichtiges und unverzichtbares Element der rheinland-pfälzischen Polizei.



Die Bereitschaftspolizei ist und bleibt ein wichtiges und unverzichtbares Element der rheinland-pfälzischen Polizei. **Achim Recktenwald**, Vorsitzender der Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei: *„Aktuell fehlen uns noch die konkreten Vorstellungen der drei Koalitionspartner. Die Aussagen sind insgesamt sehr abstrakt. Grundsätzlich gibt es jedoch keinen Anlass zur Kritik an der Absicht*

zentrale Dienste zu bündeln, wenn der Prozess mit einer Aufgabenkritik einhergeht. Dass politischer Aktionismus mehr schaden als nützen kann, haben wir in der letzten Legislaturperiode mit der Aufgabe der BePo-Liegenschaft in Schifferstadt deutlich gespürt.“ *„Bereits jetzt nimmt die Bereitschaftspolizei wichtige Aufgaben als Service für die anderen neun Behörden und Einrichtungen wahr“*, meint **Dieter Engemann**, Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand. *„Der Teufel steckt halt im Detail und genau auf diese werden wir achten!“*

Es gibt Überlegungen, auch die Zentralstelle für Polizeitechnik und die Wasserschutzpolizei in dieses neue Präsidium einzugliedern. Die GdP wird sich dafür einsetzen, diese Spezialitäten beizubehalten. Man sollte aus Fregatten keine Tanker machen.

HOCHSCHULE, BILDUNG, WEITERBILDUNG

Die Koalitionspartner haben sich auf ein „Hochschulzukunftsprogramm Rheinland-Pfalz“ verständigt, welches neben der



Digitalisierung im Hochschulwesen auch eine Profilbildung in der Forschung und bei der Gewinnung von Spitzenforscherinnen und Spitzenforschern favorisiert. Dabei sollen auch kooperative Promotionen unterstützt und gefördert werden. „Wir sehen hier für die Entwicklung der Hochschule der Polizei viele Chancen und würden es ausdrücklich begrüßen, wenn die Koalitionäre bei ihren Ideen um die Fortentwicklung der Hochschulen auch unsere HdP mit einbezieht“, so **Roland Grenner**, Vorsitzender der Kreisgruppe HdP/LPS.

Die Einbindung von Migrantinnen und Migranten in die Polizei wird im Vertrag ausdrücklich gelobt und als Vorbild für die gesamte Landesverwaltung hervorgehoben.

Die GdP begrüßt ausdrücklich, dass die Koalitionäre an der zweigeteilten Laufbahn festhalten.

VEREINBARKEIT FAMILIE UND BERUF

Die Vorsitzende der Frauengruppe, **Verena Horn**, zeigt sich insgesamt zufrieden,



Verena Horn:
„Es ist höchste Zeit für eine Dienstvereinbarung zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“

ist aber nach wie vor skeptisch: „Die Bereiche Vereinbarkeit Familie und Beruf und Entwicklung einer „neuen Arbeitskultur“ – wie flexible und moderne Arbeitszeitmodelle, Nutzung der Digitalisierung und Telearbeit – werden in dem Papier an verschiedenen Stellen angesprochen und mit einer ‚besonderen Bedeutung‘ versehen. Wir werden dies als Frauen in der GdP zum Anlass nehmen einen erneuten Vorstoß in Sachen Um-

setzung zu unternehmen. Nur darüber zu reden, reicht uns bei Weitem nicht aus. Wir wollen Taten sehen.“

DIGITALISIERUNG UND AUSSTATTUNG

Die JUNGE GRUPPE (GdP) zeigt sich über die Pläne zur digitalen Entwicklung zufrieden. **Michael Flis**, Landesjugendvorsitzender:

„Es ist nach dem Vorstoß der Bundesverwaltung in Sachen e-Government und e-Akte folgerichtig, dass Rheinland-Pfalz hier nachzieht und die Verwaltung modernisieren und für die Bürgerinnen und Bürger vereinfachen möchte. Das darf für die Polizei aber nicht bedeuten, dass künftig darüber nachgedacht wird, polizeiliche Präsenz durch technische Präsenz zu ersetzen. Computer und Roboter fahren keine Streife und können den Menschen nicht das Gefühl von Sicherheit vermitteln. Für den Bereich der Polizei wird es vielmehr darauf ankommen, endlich unsere Forderungen im technischen Bereich umzusetzen. Aus diesem Grund sind wir

zunächst froh darüber, dass die Verhandlungspartner das mobile Internet der Zukunft sehen und es umsetzen wollen. Wir freuen uns in diesem Zusammenhang besonders darüber, dass durch eine flächendeckende Ausstattung mit mobilen Endgeräten die Polizeiarbeit vor Ort effizienter und effektiver gestaltet werden soll, denn damit erfüllt sich eine Forderung der GdP. Der ‚smarte Fukw‘ ist unser Ziel.“

Michael Flis:

„Digitale Endgeräte, Einsatzleitsystem, Smart-Fustw., Sicherungstechnik sowie aktive und passive Bewaffnung. Viel zu tun. Auf geht´s.“



Alle Gebäude im Landeseigentum sollen mit kostenfreiem WLAN für die Öffentlichkeit ausgestattet werden.

Detailfragen der Ausstattung, der Bewaffnung und des Schutzes bei Amok- und Terrorlagen sind im Entwurf lediglich pauschal angesprochen. Sie soll der Bedrohungslage angepasst werden. Die GdP führt hierzu bereits intensive Gespräche mit dem Ministerium. Wir erwarten kurzfristig Ergebnisse und Beschaffungen.

VERKEHR UND HÄUSER DES JUGENDRECHTS

Die Koalitionspartner wollen - dem Leitgedanken „Vision Zero“ folgend - eine deutliche Reduzierung von tödlichen Unfällen im Straßenverkehr. Dazu soll eine Verkehrssicherheitskonzeption entwickelt werden, welche auf Selbstverantwortung, Beratung und mediale Aufklärung setzt.



Ingo Schütte:

„Bei der Verkehrssicherheitsarbeit ist es wie mit der Verbrechensbekämpfung: Die Aufgabe muss mit Personal hinterlegt werden.“

Ingo Schütte, im geschäftsführenden Landesvorstand für Verkehrsfragen zuständig: „Dass sich die künftige Landesregierung diese Verpflichtung ins Hausaufgabenheft schreibt, ist aus unserer Sicht richtig und notwendig. Die Aufwertung der Verkehrssicherheitsarbeit muss aber auch mit Personal unterlegt werden.“

„Die Absicht, das Angebot einer institutionalisierten Kooperation von Justiz, Polizei und Jugendhilfe in den Häusern des Jugendrechts auch in der Fläche zu unterbreiten, entspricht ebenfalls unseren Forderungen aus dem Programm ‚Polizei 2026‘“, so

Bernd Becker.

POLIZEIRECHT / VERFASSUNGSSCHUTZ / TITULIERTE ANSPRÜCHE / STEUERN / SUCHT / MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Bei der Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien im Kampf gegen organisierte Kriminalität, Cyberkriminalität und Terrorismus wird die reine Evaluation des POG nicht ausreichend sein.

Die Koalitionspartner zeigen sich in diesem Kontext eher zurückhaltend, um die Sicherheitsbelange des Staates und die Freiheitsrechte der Bevölkerung (und die divergierenden Auffassungen der drei Parteien) in Balance zu halten. „Leider haben es die Koalitionspartnerinnen und -partner offensichtlich nicht geschafft, in der Diskussion über dieses Spannungsfeld einen für uns praktikablen Konsens zu finden. Wir werden also auch weiterhin für gesetzliche Änderungen des POG - z.B. zwecks Bestandsdatenauskunft - kämpfen müssen“, findet Gewerkschaftssekretär **Markus Stöhr**. Diskussionsbedarf sehen wir ebenfalls bei der starken Skepsis gegen polizeiliche Eingriffsmaßnahmen und die sog. Vorratsdatenspeicherung. Die Überarbeitung des Landesverfassungsschutzgesetzes soll geprüft werden.

Markus Stöhr:

„Die Übernahme titulierter Ansprüche durch den Dienstherrn ist drin im Vertrag. Das ist super. Für angemessene Regelungen im POG und andere Rechtsänderungen werden wir weiter kämpfen.“



Auch der Gesetzentwurf der GdP „zur Übernahme titulierter, aber vom Schädiger nicht erfüllter **Schmerzensgeldansprüche** durch das Land“ hat Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden. Er soll nicht nur für die Polizei, sondern für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelten. Das freut uns sehr!

Für Personen, die nach **§ 63 StGB** untergebracht sind, sollen die ambulanten Möglichkeiten der Therapie, Nachsorge,

und Begleitung gestärkt werden. Dies betrifft Straftäter, die als eingeschränkt schuldfähig oder als schuldunfähig gelten, aber als gefährlich eingestuft werden. Wegen der Schnittstelle zu **VISI**ER werden wir das Thema besetzen.

Beim Thema Sucht setzt der Drei-Parteien-Pakt auf Prävention, Beratung, Schadensminderung und Entkriminalisierung. Was das für die polizeiliche Arbeit bedeuten könnte, ist noch unklar und muss beobachtet werden.

Der Landesaktionsplan zur Umsetzung der **UN-Behindertenrechtskonvention** soll fortgeschrieben werden, damit Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen gleichberechtigt teilhaben können. Mit einer „Initiative 6 Prozent“ soll die Beschäftigungsquote in der Landesverwaltung erhöht werden und in jedem einzelnen Ressorts mindestens 5 Prozent betragen.

Auch diese Passagen des Koalitionsvertrags finden wir positiv:

„Ausnutzung des Steuerrechts zum Zwecke der **Steuerumgehung** oder Steuerminderung führt nicht nur zu immensen Einnahmeausfällen, sondern sie beschädigen auch das Vertrauen in die **Steuergerechtigkeit**. Wir wollen daher Steuerschlupflöcher schließen. Gesetzgeberische Lösungen auf Bundesebene werden wir, soweit sie notwendig sind, mittragen und einfordern.“ „Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, das **Konnexitätsprinzip** auf der Bundesebene einzuführen.“

BETEILIGUNGSRECHTE UND MITBESTIMMUNG

Im Entwurf des Koalitionsvertrages finden sich zahlreiche Ausführungen zu der Zusammenarbeit mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Verbänden, Gewerkschaften und den Personal- und Betriebsräten bei den einzelnen Realisierungsvorhaben.

Helmut Knerr:

„Wer die Zusammenarbeit mit Arbeitnehmervertretungen insgesamt verstetigen will und so positiv beschreibt, muss auch die eigenen Beschäftigten nachhaltig beteiligen wollen.“



„Wir gehen davon aus, dass die GdP und die Personalvertretungen innerhalb der Polizei auch weiter nachhaltig beteiligt werden“, resümiert Landesvize **Helmut Knerr**.

DANK UND AUSBLICK: WIE GEHT ES NUN WEITER?

Ernst Scharbach kommentiert und erläutert:

„Gemessen an der Ausgangslage und den Gesamtumständen haben wir einen ordentlichen Erfolg erreicht. Der Abgleich mit unserem Programm Polizei 2026 (und dem Koalitionsvertrag von 2011) zeigt es. Wir werden auch wieder ein vom Verkehr befreites Innenministerium haben, wie es in Polizei 2026 beschrieben ist.



Der Landesvorstand setzte während des Wahlkampfs der Parteien auf Dialog und Überzeugungsarbeit. Die Gespräche wurden untermauert von Beiträgen in Fernsehen, Rundfunk und Printmedien. Die Kampagne unseres GdP-Bundesvorstandes **„Wir brauchen Verstärkung“** begann in Rheinland-Pfalz im Februar in Trier und wurde nach der Wahl, also während der Koalitionsverhandlungen, in den Städten und Gemeinden intensiv fortgesetzt.

Ich möchte mich ganz ausdrücklich bei unseren Kreis- und Bezirksgruppen, den Funktionärinnen und Funktionären und unseren Mitgliedern für ihr Engagement vor Ort bedanken. Ohne Eure Mithilfe wären unsere Gespräche in Mainz ins Leere gelaufen.

Besonderen Dank möchte ich aber richten an die vielen hundert **Bürgerinnen und Bürger**, die in den Fußgängerzonen bei ungezählten Gesprächen „ihre“ Polizei und die GdP unterstützt haben. Die Beteiligung an der eMail-Aktion auf der Homepage <https://www.wir-brauchen-verstaerkung.info/> war überwältigend. Viele Bürgerinnen und Bürger haben uns über Facebook, per Mail, per Brief und durch Anrufe ihre Solidarität überbracht. Ein großes Dankeschön an die Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund und den DGB-Vorsitzenden **Dietmar**

Muscheid, ohne deren solidarische Unterstützung Vieles nicht erreicht worden wäre.

Noch ein persönliches Wort: Ich habe nichts dagegen, wenn auch der Staat nicht mehr ausgibt, als er einnimmt. Aber die geradezu pathologische Fixierung der Akteure auf die Ausgabenseite finde ich unerträglich. Nicht nur die Polizei, sondern der öffentliche Dienst in toto ist drastisch unterfinanziert. Die BRD gibt nur 7,4 % des BIP (Bruttoinlandsprodukts) für öffentlich Beschäftigte aus. Der EU-Schnitt liegt bei 10,2 %; Dänemark wendet 16,6 % auf. Die Daseinsvorsorge von Bund, Ländern und Kommunen ist mehr wert. **Wir sind mehr wert!**

Die Schuldenbremse muss sich endlich der Einnahmeseite zuwenden. Privat ist eben NICHT alles besser! Zuständig hierfür ist allerdings der Bund. Wir sollten die Landesregierung in ihren Bemühungen unterstützen und stärken.“

Euer



Ernst Scharbach

Download des Koalitionsvertrages hier:

http://www.gdp.de/gdp/gdprp.nsf/id/DE_Landtagswahlen-2016

Download GdP-Programm „Polizei 2026“:

[http://www.gdp.de/gdp/gdprp.nsf/id/ED44ED757B18B397C1257D57002F4D8A/\\$file/2026.pdf](http://www.gdp.de/gdp/gdprp.nsf/id/ED44ED757B18B397C1257D57002F4D8A/$file/2026.pdf)